

Der US-Historiker Professor Lawrence Davidson weist nach, dass die Blockade des Gaza-Streifens durch Israel und die Behinderung der Hilfsflotte für Gaza vom Völkerrecht nicht gedeckt sind.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 109/11 – 15.07.11**

Über Hilfsflotten und das Recht
Bewegungen der Zivilgesellschaft gegen korrupte Politik
Von Lawrence Davidson
INFORMATION CLEARING HOUSE, 07.07.11
(<http://www.informationclearinghouse.info/article28512.htm>)

Im Kampf gegen die Unterdrückungspolitik Israels gibt es zwei Konfliktparteien: die Regierungen und die Zivilgesellschaft. Das jüngste Beispiel dieses Konflikts hat sich um das halbe Dutzend kleiner Schiffe entwickelt, die in griechischen Häfen festgehalten werden. Diese Schiffe, die humanitäre Hilfsgüter für die eineinhalb Millionen Menschen im Gaza-Streifen (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Gazastreifen>) geladen haben, sind Instrumente einer Kampagne der Zivilgesellschaft gegen die Barbarei des Staates Israel. Die Kräfte, die sie zurückhalten, sind Instrumente von Regierungen, die von speziellen Interessen beeinflusst und durch politische Bestechung korrumpiert sind.

Die meisten von uns kennen das Potenzial nicht mehr, das in der organisierten Zivilgesellschaft steckt, weil wir den öffentlichen Bereich Berufspolitikern und Bürokraten überlassen und uns in einen privaten Bereich des täglichen Lebens zurückgezogen haben, aus dem wir die Politik heraushalten. Das ist ein schwerer Fehler, denn die Politik prägt unser Leben, gleichgültig, ob wir uns einmischen, oder ob wir das nicht tun. Wenn wir uns aus der Politik heraushalten, lassen wir es zu, dass sich der Staat weniger um die Bürger als um die Durchsetzung spezieller Interessen kümmert. Mit unserer Teilnahmslosigkeit verschaffen wir den Politikern und Regierungsbürokraten den Spielraum, ihr Berufsleben innerhalb von Systemen zu verbringen, die weitgehend uninteressiert und manchmal auch unfähig sind, im öffentlichen Interesse zu handeln, weil sie durch die Macht der Lobbys korrumpiert werden. Die Fähigkeit, Gerechtigkeit walten zu lassen, geht häufig im Verlauf politischer Entwicklungen verloren. Ein gutes Beispiel für diese Situation ist die Verhinderung des Auslaufens der Hilfsflotte, die durch den unverhältnismäßig großen Einfluss spezieller zionistischer Interessen auf die Nahostpolitik der USA und Europas zustande kam.

Es gibt kleine, aber wachsende Gruppen in der Gesellschaft, die dieses Problem erkannt und damit begonnen haben, es durch Zusammenschlüsse einfacher Bürger anzugehen, um wieder Einfluss auf öffentliche Belange nehmen zu können. Durch ihre Bemühungen erwachsen aus der Zivilgesellschaft neue Bewegungen. Nicht alle diese Bewegungen sind progressiv. Das "Tea Party"-Phänomen in den USA ist eine radikale konservative Bewegung, die darauf abzielt, den Einfluss der Regierung auf Null zu reduzieren. Andere Bewegungen in der Zivilgesellschaft, die durch direkte Aktionen mehr Gerechtigkeit schaffen wollen, sind viel fortschrittlicher. Die weltweite Bewegung "Boycott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel / BDS" (Infos dazu s. http://de.wikipedia.org/wiki/Boycott,_Divestment_and_Sanctions), zu der auch die Organisation von Hilfsflotten gehört, ist eine dieser (fortschrittlichen) Bewegungen.

Was sagt das Völkerrecht?

Der Kampf zwischen der korrupten Politik, die dafür sorgt, dass der Westen die repressive

und rassistische Ideologie unterstützt, die über Israel herrscht, und den Bewegungen der Zivilgesellschaft, die sich bemühen, die Opfer dieser Ideologie zu befreien, findet weltweit und auf vielen Ebenen statt. Eine Ebene ist die des Völkerrechts. Gegenwärtig dreht sich die Debatte auf dieser Ebene darum, ob die Blockade des Gaza-Streifens durch Israel oder der Versuch der Hilfsflotte, diese Blockade zu durchbrechen, durch das Völkerrecht gedeckt ist.

1. Der weithin bekannte US-amerikanische Rechtsanwalt Alan Dershowitz [s. dazu auch <http://www.isracast.com/article.aspx?ID=1295&t=Lauder-and-Dershovitz-Admonish-Neta-nyahu>], ein engagierter Verteidiger Israels, hat dreist behauptet: "Die Seeblockade des Gaza-Streifens durch Israel ist nach dem Völkerrecht legal, und jeder, der sie zu brechen versucht, kann festgenommen und vor einem Gericht angeklagt werden." Dershowitz ist nun allerdings kein Experte für Völkerrecht. Er ist als Verteidiger in Mordfällen bekannt geworden – und damit bestens als Fürsprecher des Staates Israel geeignet. Muss zu seiner Behauptung, die Blockade des Gaza-Streifens sei legal, noch mehr gesagt werden?

2. Das Argument, die Blockade sei rechtmäßig, bezieht sich auf die **Londoner Seerechtsdeklaration von 1909** (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Londoner_Seerechtsdeklaration) und das **Manual on Armed Conflict at Sea** (das Handbuch zu bewaffneten Auseinandersetzungen auf See), auf das man sich **1994 in San Remo** verständigt hat (Infos dazu s. http://en.wikipedia.org/wiki/San_Remo_Manual_on_International_Law_Applicable_to_Armed_Conflicts_at_Sea). Beide sind Teil eines internationalen Vertrags-Systems, das den völkerrechtlichen Rahmen (für den Seekrieg) absteckt. **Aus diesen Dokumenten geht hervor, dass zwei Staaten, die sich in einem bewaffneten Konflikt miteinander befinden, einander legal nur aus rein militärischen Gründen blockieren dürfen. Eine Blockade ist dann nicht mehr legal, "wenn der Schaden für der Zivilbevölkerung, gemessen an dem konkreten und direkten militärischen Erfolg der Blockade, übermäßig groß ist oder wird".** [Weitere Infos dazu sind aufzurufen unter http://www.carnegie-council.org/resources/articles_papers_reports/0055.html/pf_printable .] Verteidiger des israelischen Vorgehens wie Dershowitz lesen die Dokumente sehr oberflächlich, wenn sie daraus ableiten, Israel habe das Recht, Gaza zu blockieren, um die Einfuhr von Waffen und die Einreise von "terroristischen-Kämpfern" zu verhindern, weil es sich in einer bewaffneten Auseinandersetzung mit der Hamas befinde, welche die Regierungsgewalt im Gaza-Streifen ausübe.

3. Die Löcher in dieser Argumentation sind groß genug, um eine Hilfsflotte kleiner Schiffe durchzulassen, wenn sie nicht in griechischen Häfen festgehalten würde. Israel wird sicher nicht den Anspruch erheben, sich in einem bewaffneten Konflikt mit einem anderen Staat zu befinden. Wenn Sie das bezweifeln, müssen Sie nur irgendein Mitglied der gegenwärtigen israelischen Regierung fragen, ob er oder sie Palästina einschließlich Gazas als Staat anerkennt. In Wahrheit ist die korrekte Bezeichnung für der Anwesenheit Israels auf der West Bank und im Gaza-Streifen die Besetzung durch eine Kolonialmacht, deren Politik und Verhalten die Genfer Konventionen größtenteils verletzt. Wegen des anhaltenden Siedlungsbaus und der (ungerechten) Behandlung der Einwohner der besetzten Territorien ist die Anwesenheit israelischer Siedler und Truppen in Palästina außerhalb der bis 1967 geltenden Grenzen illegal. [Auch über die Rechtmäßigkeit der Grenzen Israels vor 1967 kann man streiten. (Weitere Infos dazu sind aufzurufen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP02011_310111.pdf .)] Das bedeutet, dass sich diejenigen, die sich in einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Israel befinden, nur gegen eine illegale Besetzung wehren. Das Völkerrecht gestattet es Israel, das selbst gegen das Völkerrecht verstößt, nicht, Menschen, deren Widerstand gegen die israelische Besetzung legal ist, durch eine Blockade zu isolieren. Die willkürliche Bezeichnung der sich Widersetzenden als "Terroristen" ändert diese rechtliche Situation nicht.

4. Wie dem obigen (hervorgehobenen) Zitat zu entnehmen ist, müssen "legale" Blockaden ein militärisches Ziel verfolgen und dürfen der Zivilbevölkerung keinen übermäßigen Schaden zufügen. Es ist aber erwiesen, dass Israel mit seiner Blockade nicht in erster Linie militärischen Druck ausüben, sondern den Menschen im Gaza-Streifen übermäßigen Schaden zufügen will. Die Gaza-Blockade wurde nicht aus Angst vor Waffenschmuggel oder dem Einsickern von Terroristen errichtet, sie ist primär Teil eines Wirtschaftskrieges gegen die Bewohner des Gaza-Streifens, weil sie die Kühnheit hatten, der Hamas 2006 in einer freien und fairen Wahl zur Mehrheit und damit zur Macht in Gaza zu verhelfen. Es gibt Dokumente, die diese Interpretation beweisen. So hat zum Beispiel Dov Weisglass, ein Berater des damaligen israelischen Premierministers Ehud Olmert, im Jahr 2006 öffentlich verkündet: "Ziel der israelischen Politik in Gaza ist es, die Palästinenser auf Diät zu setzen, und nicht, sie verhungern zu lassen." [s. <http://www.guardian.co.uk/world/2006/apr/16/israel>] Im Juni 2010 veröffentlichten McClatchy-Zeitungen israelische Regierungsdokumente, die belegen, dass Jerusalem die Blockade in erster Linie als Akt eines Wirtschaftskrieges und nicht als Sicherheitsmaßnahme ansieht. [s. dazu auch <http://www.mcclatchydc.com/2010/06/09/95621/israeli-document-gaza-blockade.html>] Dazu passt auch, dass israelische Kriegsschiffe auf Fischer aus Gaza schießen, obwohl sie genau wissen dass die nur fischen wollen. Es handelt sich also um eine kollektive Bestrafung der 1,5 Millionen Palästinenser, die im Gaza-Streifen leben. Das ist illegal und verletzt die Genfer Konventionen. Sogar der UN-Generalsekretär, der sonst US-hörige Ban ki-Moon, nahm sich in seinem Jahresbericht 2009 die Freiheit heraus, die Israelis zur Beendigung ihrer illegalen Blockade aufzufordern. Er wurde natürlich ignoriert.

Wir können nicht damit rechnen, dass Regierungen das Völkerrecht einhalten

Warum lässt man den Israelis ihre Verbrechen durchgehen? Das ist nur möglich, weil ihre Lobbyisten und Fürsprecher auf Regierungsebene genug Einfluss ausüben, um die praktische Politik westlicher Regierungen erfolgreich zu beeinflussen. Gegen diese korrumpierende Einflussnahme hat das Völkerrecht keine Chance. Sogar der Hinweis auf beschämende historische Analogien bewirkt wenig. Nima Shirazi (s. <http://mwcnews.net/component/comprofiler/userprofile/Nima%20Shirazi.html>), dessen Blog "Wide Asleep in America (Die USA im Tiefschlaf) unter <http://www.wideasleepinamerica.com/> aufzurufen ist, hat dazu unter der Überschrift "The Deplorable Acts: The 'Quartet' Comments on Gaza" (Beklagenswerte Akte: Kommentare des Middle East Quartetts zu Gaza, s. <http://mwcnews.net/focus/analysis/11859-the-quartet.html>) einen sehr guten Artikel geschrieben. In diesem Artikel zeigt er Gemeinsamkeiten zwischen der Gaza-Blockade und der Blockade Bostons durch das imperiale Großbritannien Ende des Jahres 1773 auf. Für die in dieser Zeit in Nordamerika lebenden Kolonisten waren die britischen Aktivitäten "intolerable Akte". Außenministerin Hilary Clinton und ihr Chef im Weißen Haus sollten sich mit dieser Analogie befassen, aber die Israel-Lobby wird schon verhindern, dass sie die richtigen Schlüsse daraus ziehen.

Demzufolge brauchen diejenigen, die Gerechtigkeit für die Palästinenser wollen, zur Zeit nicht viel Hoffnung in Regierungen oder das Völkerrecht zu setzen. Sie müssen aus der Zivilgesellschaft heraus Bewegungen entwickeln und die BDS-Bewegung und ihre Ableger unterstützen. Wenn Regierungen sich einmischen und versuchen, aus der Zivilgesellschaft hervorgegangene Aktionen zu blockieren, müssen die Bewegungen auch gegen diese Regierungen aktiv werden, und sei es auch nur dadurch, dass sie helfen, die BDS-Bewegung auszuweiten. Wenn wir uns nicht beirren lassen, wird – wie in Südafrika – die Zeit kommen, in der die Macht der Zivilgesellschaft so groß sein wird, dass für Politiker und Bürokraten der Druck aus der Bevölkerung so stark ist, dass sie dem Druck der zionistischen Lobby nicht mehr nachgeben können.

Wenn es in dem Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern um die Durchsetzung israelischer Absichten geht, setzen sich die Regierungen der USA und Israels einfach über Recht und Gesetz hinweg. Das betrifft nicht nur das Völkerrecht, sondern auch einzelne nationale Gesetze. Als Rechtfertigung dient dabei die unzulässige Verwendung von Begriffen wie "Terroristen" oder "Hilfeleistungen für Terroristen". Auf Gerechtigkeit und die Durchsetzung des Völkerrechts in absehbarer Zukunft können wir nur hoffen, wenn der Einfluss der Zivilgesellschaft nicht nur in Palästina, sondern auch in den USA und in Israel weiter wächst.

Lawrence Davidson ist Professor für Geschichte an der West Chester University in West Chester im Staat Pennsylvania. In seiner akademischen Arbeit konzentriert er sich auf die Geschichte der Auslandsbeziehungen der USA zu Staaten des Mittleren Ostens. Er hält auch Vorlesungen zur Geschichte der Naturwissenschaften und zur neueren Geistesgeschichte Europas.

(Wir haben auch diesen Artikel des Professors Lawrence Davidson komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Ergänzungen und Links in eckigen Klammern stammen vom Autor selbst. Weitere Davidson-Artikel zum Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern und zum Völkerrecht sind aufzurufen unter

http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP02611_080211.pdf ,
http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP09211_080611.pdf und
http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP09211_080611.pdf .

Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



On Flotillas and the Law

By Lawrence Davidson

Civil Society Movements vs. Corrupt Politics

July 07, 2011 "Information Clearing House" --- When it comes to the struggle against Israel's policies of oppression there are two conflicting levels: that of government and that of civil society. The most recent example of this duality is the half dozen or so small ships held captive in the ports of Greece. The ships, loaded with humanitarian supplies for the one and half million people of the Gaza strip, are instruments of a civil society campaign against the inhumanity of the Israeli state. The forces that hold them back are the instruments of governments corrupted by special interest influence and political bribery.

Most of us are unaware of the potential of organized civil society because we have resigned the public sphere to professional politicians and bureaucrats and retreated into a private sphere of everyday life which we see as separate from politics. This is a serious mistake. Politics shapes our lives whether we pay attention to it or not. By ignoring it we allow the power of the state to respond not so much to the citizenry as to special interests. Our indifference means that the politicians and government bureaucrats live their professional lives within systems largely uninterested in and sometimes incapable of acting in the public good because they are corrupted by lobby power. The ability to render justice is

also often a casualty of the way things operate politically. The stymying of the latest flotilla due to the disproportionate influence of Zionist special interests on U.S. and European Middle East foreign policy is a good example of this situation.

There are small but growing elements of society which understand this problem and have moved to remedy it through organizing common citizens to reassert influence in the public sphere. Their efforts constitute civil society movements. Not all of these efforts can be deemed progressive. The “Tea Party” phenomenon in the United States is a radical conservative movement that aims at minimizing government to the point of self-destruction. But other movements of civil society, in their expressions of direct action in the cause of justice, are much healthier. The worldwide movement for the boycott, divestment and sanctioning (BDS) of Israel, of which the flotilla movement is an offshoot, is one of these.

The Forum of International Law

The resulting struggle between the corrupt politics that keeps the West aligned with the oppressive and racist ideology that rules Israel and the civil society movement that seeks to liberate the victims of that ideology goes on worldwide and in many forums. One is the forum of international law. Presently, the debate revolves around the legality of Israel’s blockade of Gaza and the effort of the flotilla movement to defy it. Let us take a look at this aspect of the conflict.

1. The well known American Lawyer Alan Dershowitz, a strong defender of Israel, has blatantly stated, “Israel’s naval blockade of Gaza is legal under international law—anyone who tries to break it can be arrested and prosecuted in a court of law.” Of course, Dershowitz is not an expert on international law. Rather he has made his reputation as a defense lawyer with a passion for murder cases (which makes him quite suited to defend the Israeli state). This being said, what is the basis for his assertion that the Gaza blockade is legal?

2. The argument for the legality of the blockade is based on the 1909 Declaration of London and the 1994 San Remo Manual on Armed Conflict at Sea. Both are part of an international treaty system that sets down the parameters of much international law. According to these documents two states engaged in armed conflict can legally blockade one and other for clear military reasons. However, any blockade would cease to be legal if “damage to the civilian population is, or may be expected to be, excessive in relation to the concrete and direct military advantage anticipated from the blockade.” Defenders of Israeli actions such as Dershowitz do a very superficial reading of the documents and reason that Israel is in an armed conflict with Hamas, which is the ruling authority in Gaza, and so Israel can legally blockade Gaza so as to stop the importation of weapons and “terrorist” fighters.

3. The holes in this reasoning are big enough to sail a flotilla of small ships through (if only they were not imprisoned in Greek ports). Thus, Israel certainly does not consider itself engaged in an armed conflict with another state. If you doubt this just ask any member of the present Israeli government whether he or she would define Palestine, including Gaza, as a state. In truth, the proper definition of Israel’s presence in the West Bank and Gaza is that of an occupying colonial power whose policies and actions are stark violations of the Geneva Conventions. That is, by virtue of their colonizing actions and treatment of residents of the Occupied Territories, their presence in Palestine beyond the 1967 borders is not legal (one can also argue over the legality of Israel within the 1967 borders). That means those they are in armed conflict with are those resisting illegal occupation. There is no international law that makes it legal for Israel, itself acting illegally, to blockade those legally resisting its actions. The arbitrary labeling of those resisting as “terrorists” does not change this legal situation.

4. As noted above, “legal” blockades must have a military objective and must not do excessive harm to the civilian population. Yet there is evidence that Israel’s goals for the blockade are not primarily military but are, instead, aimed at committing excessive harm to the people of Gaza. The Gaza blockade was not done out of fear of weapons smuggling or terrorist infiltration, but rather constituted a conscious act of economic warfare against the people of Gaza for having the audacity to be ruled by Hamas, the winner of a 2006 free and fair election. There is documentary evidence for this interpretation of events. For instance, in 2006 Dov Weisglass, an adviser to then Israeli Prime Minister Ehud Olmert, publically stated that the goal of Israeli policy in Gaza was to “put the Palestinians on a diet, but not make them die of hunger.” Then, in June of 2010 McClatchy Newspapers published Israeli government documents attesting to the fact that Jerusalem primarily saw the blockade as an act of economic warfare, and not as a security measure. To this you can add the fact that Israeli gunboats keep shooting at Gaza fisherman who they know are doing nothing except fishing. What we have here is the collective punishment of 1.5 million Palestinians. As such it is not legal, it is illegal—a violation of the Geneva Conventions. The UN Secretary General, Ban Ki-Moon, usually so responsive to U.S. demands, momentarily broke free and in his 2009 annual report told the Israelis they should end their unwarranted blockade. He was ignored.

We Cannot Count on Governments or International Law

So how is it that the Israelis can get away with these crimes? It is because, at the level of government, their lobbyists and advocates wield enough influence to successfully warp the policy formulation of Western governments. Against this corruptive influence, international law means very little. Even embarrassing historical analogies mean little. Nima Shirazi, whose blog, *Wide Asleep In America* can be found at <http://www.wideasleepinamerica.com/> wrote a very good piece entitled “The Deplorable Acts: The ‘Quartet Comments on Gaza.’” In this piece he points out the relative similarity between the Gaza blockade and the blockade of Boston set up by imperial Britain in late 1773. The Americans of that time labeled the action, “the Intolerable Acts.” Secretary of State Hilary Clinton and her boss in the White House ought to consider this analogy, but then there is that lobby power factor that would prevent them from ever acknowledging it.

As a consequence, those who seek justice for the Palestinians must, for the moment, not place much hope in government or international law. They must act within the realm of civil society, building the BDS movement and its offshoots. Where government moves in and attempts to block civil society actions, these actions must be turned against government if only by using them as campaign tools to expand the BDS movement further. If we persist there will come a time, as was the case with South Africa, when the power of civil society will be such that politicians and bureaucrats will see the cost of defying popular opinion as greater than defying Zionist lobbies.

For all intents and purposes, when it comes to the Palestine-Israeli conflict, the United States and Israeli governments have placed themselves above all law. That means not just international law, but selective domestic law as well. The ubiquitous and improper use of such categories as “terrorist” or “rendering material aid to terrorists” are the corruptive vectors here. The only hope for justice and the integrity of law is in the realm of civil society which might in the foreseeable future redeem not only Palestine, but the US and Israel too.

Lawrence Davidson is professor of history at West Chester University in West Chester PA. His academic work is focused on the history of American foreign relations with the Middle

East. He also teaches courses in the history of science and modern European intellectual history.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern